

Rico Gebhart (LGF Sachsen)
Carsten Schatz (LGF Berlin)
Horst Kahrs (KLH – Strategie und Politik)
Bodo Ramelow (Bundeswahlkampfleiter)
Dietmar Bartsch (Bundesgeschäftsführer)

Die Linkspartei.PDS bei den Wahlen in ostdeutschen Großstädten

I. Ausgangslage

Die Linkspartei.PDS hat bei den vergangenen Oberbürgermeisterwahlen in ostdeutschen Großstädten wie Rostock, Leipzig, Chemnitz bzw. Mittelstädten wie Görlitz gegenüber den Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen dramatisch niedrige Ergebnisse erzielt.

Vor diesem Hintergrund, aber auch mit Blick auf absinkende Zustimmungsraten in den Innenstädten bei überregionalen Wahlen (z.B. Direktmandate) wurde von verschiedener Seite die Frage aufgeworfen, ob es insgesamt ein signifikant abnehmendes WählerInnenpotenzial in den ostdeutschen Großstädten anzunehmen sei.

In diesem Zusammenhang werden Analysen herangezogen, die im Nachgang zur Bundestagswahl 2002 z.B. durch Dietmar Wittich feststellten, dass die PDS insbesondere in ihren Hochburgen, die in der Regel die Verwaltungszentren der damaligen DDR abbildeten, verloren habe. Daraus könne geschlussfolgert werden, dass sich „die ehemalige Dienstklasse der DDR, ihr Nachwuchs und ihr Umfeld“¹, die bislang einen zentralen Sockel der PDS-Mitgliedschaft und WählerInnenbasis der PDS stellten² von der PDS abwenden bzw. auch zahlenmäßig kleiner würden. Die PDS, so diese Auffassung, verlöre in der Kernsubstanz ihrer Wählerschaft. Das Umfeld der Nachfolgepartei sei geeignet wegzubrechen, und das dann wahrscheinlich endgültig. Die Gewinnung neuer Gruppen, die einen zahlenmäßigen Ausgleich darstellen könnte, sei zu fragil um ausgleichend zu wirken.

Die überregionalen Wahlen der Jahre 2004 und 2005 haben diese Niedergangsthese nicht bestätigt und dennoch signifikante negative Verschiebungen für die Linkspartei.PDS in den ostdeutschen Großstädten offengelegt.

Tabelle: Stimmenergebnisse für die Linkspartei.PDS in ausgewählten Großstädten BRB und MVP

Land Brandenburg					
Stadt	BTW 2005	LTW 2004	KTW 2003 ¹⁾	KTW 1998	KTW 1993
Brandenb./Havel	11.700 (24,4)	7.807 (25,8)	12.946 (14,7)	29.030 (21,6)	21.880 (19,7)
Cottbus	17.113 (27,4)	13.412 (29,3)	19.800 (26,7)	49.676 (23,6)	43.595 (27,8)
Frankfurt/Oder	11.874 (31,4)	9.408 (33,3)	19.976 (33,9)	36.795 (29,1)	29.995 (33,8)
Potsdam	25.243 (27,2)	22.074 (30,3)	52.458 (33,7)	78.181 (31,7)	73.153 (38,3)
Mecklenburg-Vorpommern					
Stadt	BTW 2005	LTW 2004	KTW 2004	KTW 1999 ²⁾	KTW 1993
Greifswald	k.A.	k.A.	25.125 (19,5)	13.960 (23,7)	23.468 (28,0)
Rostock	k.A.	k.A.	40.973 (24,0)	60.759 (31,7)	98.088 (33,2)
Schwerin	k.A.	k.A.	21.008 (23,7)	31.668 (30,0)	33.482 (21,9)

¹⁾ Die Wahlbeteiligung nahm ggü. 1998 zwischen 30%-50% ab. - ²⁾ Die Wahlbeteiligung nahm ggü. 1998 z.T. deutlich ab.

Diesen Sachverhalt einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen, könnte zur deutlichen Verbesserung der Stichhaltigkeit von Wahlstrategien beitragen, manch entstandenen Mythos über die Partei- und Wählerentwicklung in den Groß- und mittleren Städten zu korrigieren und zuletzt dazu beitragen, unklare Begriffe wie z.B. „sozial diskursives Spektrum“ einer handhabbaren Konkretisierung zuzuführen.

¹ Dietmar Wittich 2002, Ein langer Abschied. Defizite in Programmatik und Vermittlung von linkssozialistischer Politik sind der PDS auf die Füße gefallen, in: Neues Deutschland vom 25.09.2002, S. 3.

² Vgl. PDS-Parteivorstand (Hrsg.) 2001, Die Mitgliedschaft, der große Lümmel. Studie zur Mitgliederbefragung 2000 der PDS, in: Pressedienst der PDS, Berlin, S. 29f.

II. Thesen / Fragestellungen

Grundsätzlich kann angenommen werden, dass das Verhalten von WählerInnen im Wesentlichen durch zwei kurzfristig wandelbare und einen langfristig stabilen Faktor zu erklären ist. Marcinkowski beschreibt es wie folgt: „Im Mittelpunkt steht das Konzept einer längerfristig stabilen, affektiven Identifikation mit einer politischen Partei – wenn man so will, eine Art "emotionaler Parteimitgliedschaft" –, die im politischen Sozialisationsprozess erworben wird und sowohl durch wiederholte Wahl derselben Partei als auch durch die Zugehörigkeit zum entsprechenden Sozialmilieu verfestigt wird. Die ‚party identification‘ eines Bürgers führt annahmegemäß dazu, dass er im ‚Normalfall‘ seiner bevorzugten Partei die Stimme geben wird, es sei denn, es würden bei einer bestimmten Wahl außergewöhnliche, kurzfristige Einflüsse wirksam. Solche Kurzfristeffekte sind die Orientierung an einem Kandidaten („candidate effect“), dem man aus bestimmten Gründen den Vorzug gibt oder der Einfluss spezifischer Themen, von denen man meint, dass sie bei einer anderen Partei besser aufgehoben sind, als bei derjenigen, mit der man sich im Allgemeinen identifiziert („issue voting“). Solche kurzfristigen Einflüsse können dazu führen, dass eine mehr oder weniger große Zahl von Wählern im konkreten Fall gegen ihre eigentliche Parteineigung wählt. Das heißt freilich nicht, dass sie diese Identifikation deswegen aufgeben, sondern nur, dass in einer bestimmten Situation kurzfristige "Störfaktoren" (eben Issue-Orientierung und Kandidatenpräferenz) die langfristige Parteineigung überlagern. Liegen die entsprechenden Rahmenbedingungen bei der folgenden Wahl nicht vor, wird der Wähler wieder gemäß seiner ursprünglichen Parteineigung wählen.“³

Bezogen auf das Ergebnis der PDS bei der Bundestagswahl und den Wahlen der Jahre 2004 und 2005 im Land, Europa und dem Bund könnte angenommen werden, dass es sich um kurzfristige Weg-Orientierung der WählerInnen handelte, da sie den „Gebrauchswert“ der Partei bei anderen Parteien (rot-grün) besser aufgehoben fanden. Dem steht jedoch die Aussage entgegen, dass im Untersuchungsgebiet (Großstädte) die Zahl der PDS-WählerInnen insgesamt rückläufig ist.

Die Formulierung der These eines generell abnehmenden WählerInnenpotenzials bzw. einer absinkenden Zustimmungsrates der Linkspartei.PDS in den ostdeutschen Großstädten ist aber in dieser Allgemeinheit ebenso wenig weiterführend wie die Schlussfolgerung, dass exzellente Wahlergebnisse wie bei den Landtagswahlen 2004 in Brandenburg die Auseinandersetzung mit dem WählerInnenpotenzial überflüssig mache.

Es müssen vielmehr verschiedene Aspekte in die Betrachtung einbezogen werden:

- a) Welche generellen sozio-strukturellen und stadtentwicklungspolitischen Trends haben Auswirkungen auf die Wahlentscheidung und welche z.B. demographischen Entwicklungen haben vor allem Auswirkungen auf die Linkspartei.PDS?
- b) Es ist zu differenzieren zwischen personengebundenen Wahlen (Bürgermeister/innen) und parteipolitischen Wahlen (Stadtrat, Land- und Bundestag)
- c) Es könnten ggf. unterschiedliche Typen von ostdeutschen Großstädten gebildet werden, in denen die Linkspartei.PDS gut, durchschnittlich oder schlecht abschneidet.

³ Frank Marcinkowski 2001, Kommunales Wahlverhalten zwischen Eigengesetzlichkeit und Bundestrend. Eine Fallstudie aus Nordrhein-Westfalen, in: polis Nr. 51/2001, S. 5. Zudem sei darauf hingewiesen, dass zwar in vielen westlichen Demokratien und bei allen Parteien der Anteil der sogenannten "Parteiidentifizierer" in den vergangenen Jahrzehnten deutlich abgenommen hat und der Einfluss kurzfristig wirksamer Effekte insofern deutlich stärker geworden ist, das individuelle Wahlverhalten auch in der Bundesrepublik Deutschland sich mit diesem Modell gleichwohl nach wie vor recht gut erklären lässt.

a) Stadtentwicklungstrends und WählerInnenschaft

Im Osten verlieren sowohl die Großstädte als auch die Mittelstädte in allen Raumkategorien Einwohner. Es könnte sein, dass im Zuge dieser städtebaulichen Veränderungen Wanderungsbewegungen an den Stadtrand, ggf. in angrenzende Ortschaften stattgefunden haben (Suburbanisierung⁴) und in diesem Wanderungspotenzial WählerInnen der PDS signifikant, stark oder überdurchschnittlich vertreten sind.

Box 1: Suburbanisierung

Der Begriff **Suburbanisierung** bezeichnet die Ausdehnung von städtischer Siedlungsweise und Bevölkerung in das Umland einer Stadt. Dabei kommt es zu einer intraregionalen Umverteilung von Bevölkerung und Arbeitsplätzen, d.h., dass die Bevölkerungs- und Arbeitsplatzzahlen der Region gleich bleiben, aber das Umland gegenüber der Stadt an Bedeutung gewinnt. Gründe dafür sind:

- Ein starker Siedlungs- und Flächendruck sowie hohe Miet-/Baulandpreise in den Kern- bzw. Innenstädten.
- Das Imageproblem der Kernstädte gegenüber dem Umland, das häufig als attraktiver gesehen wird.
- Suburbanisierung wurde in den Industrieländern, z.B. Deutschland, durch ein deutlich verändertes Mobilitätsverhalten mit gleichzeitigem Ausbau des Verkehrswebsites, den Ausbau des ÖPNV und insbesondere die stark zugenommene Motorisierung ermöglicht.

Der langfristige Trend der Bevölkerungsentwicklung weist in Richtung „Stagnation“ und „Schrumpfung“. Wesentlich sind die altersstrukturellen Veränderungen:

- Die Zahl der Jugendlichen unter 20 Jahren wird bis 2020 im Osten bis zu 30% und im Westen um ca. 18% zurückgehen.
- Die Zahl älterer Menschen über 60 Jahre wird im Osten wie im Westen stark zunehmen.

Es könnte sein, dass sich die Altersstruktur von Wählerinnen und Wählern der PDS in den vergangenen 15 Jahren in den ostdeutschen Großstädten dergestalt veränderte, dass es mittlerweile einen Sterbeüberhang gibt, der durch ErstwählerInnen nicht aufgefangen wird. Dieser Trend könnte durch absinkende Geburtenrate und die Abwanderung von jüngeren Menschen verstärkt werden. Dabei ist zu beachten, dass im Osten die Entwicklung dynamisch und unterschiedlich verläuft. Während die Verdichtungsräume

sich stabilisieren, weisen vor allem die Klein- und Mittelstädte Bevölkerungsverluste auf. Hinzu kommt, dass im Osten alle Stadttypen einen starken Beschäftigungsrückgang verzeichnen, von dem besonders die Mittelstädte betroffen sind.

Wenn davon gesprochen werden kann, dass die PDS sich in einem Wandel von der Mitgliederpartei zur WählerInnenpartei befindet, und darunter eine Abnahme der flächendeckenden Verankerung in den Wohngebieten und die notwendige Zunahme professioneller und überregional organisierter Parteikommunikation verstanden wird, so sind Abwanderung und demographische Entwicklung dafür sicherlich mitverantwortlich.

Der Zusammenhang zwischen Veränderungen im Elektorat und in der Stadtstruktur lässt sich noch stärker fokussieren. So wurde in der wahlanalytischen Bewertung innerhalb der Linkspartei.PDS häufig darauf abgestellt, dass vor allem in bestimmten innerstädtischen Gebieten die Zustimmung zur Linkspartei gegenüber früheren Wahlzeiträumen (neunziger Jahre) abgenommen habe. Die diesbezüglichen Annahmen können wie folgt formuliert werden:

- In bestimmten innerstädtischen Gebieten der ostdeutschen Großstädte hat in den vergangenen Jahren ein beschleunigter Bevölkerungsaustausch stattgefunden, der zu deutlichen sozialen und demographischen Veränderungen führte (u.a. Gentrifizierung⁵).

⁴ Damit verbunden ist ein Prozess der Dekonzentration von Bevölkerung, Produktion, Verwaltung und Handel. Meist wird der Begriff synonym mit der Suburbanisierung von Bevölkerung verwendet, doch auch Suburbanisierungsprozesse von Dienstleistung/Handel und Industrie lassen sich feststellen. Gründe für Suburbanisierung sind insbesondere:

- Dieser Bevölkerungsaustausch hat unterschiedliche Geschwindigkeiten, abhängig von den stadtentwicklungspolitischen Rahmenbedingungen (z.B. Milieuschutz, Sanierungsgebiete etc.).
- Im Zuge des genannten Bevölkerungs- und Sozialwandels findet eine Veränderung der Bedürfnisse und Prioritäten bei Wählerinnen und Wählern statt. Diese fokussieren sich auf Themen der kulturellen Modernisierung, eine weniger auf Umverteilung konzentrierte und staatlicher Intervention kritisch gegenüberstehende Thematisierung von sozialer Gerechtigkeit. Stattdessen ist eine Betonung von Nachbarschafts- und Umfeldentwicklung feststellbar.

Box 2: Gentrifizierung

Gentrifizierung beschreibt die Wertveränderung von Stadtteilen. Zu Beginn des Gentrifizierungsprozesses besitzen die betreffenden Stadtteile niedrige Wohnqualität und vor allem niedrige Wohnpreise. In der wenig gepflegten Bausubstanz mit billigen Mieten leben meist sozial Schwächere und mit erhöhtem Anteil an Ausländern und Arbeitslosen.

- Auf Grund der an sich guten Wohnlage und der trotzdem niedrigen Preise werden die genannten Stadtteile für "Pioniere" (Studenten, Künstler, Subkultur etc.) attraktiv. Diese werten in einem ersten Schritt die Stadtteile auf und setzen einen Segregationsprozess, also die Entmischung von Bevölkerung in einem Quartier, in Gang.
- Viele Studierende steigen in das Berufsleben ein, verdienen deutlich mehr Geld als die ansässigen EinwandererInnen; manche KünstlerInnen etablieren sich und bringen weiteres Kapital in die Stadtteile. Investoren sehen Chancen zur Wertsteigerung (Spekulation). Eine neue, wohlhabendere Klientel siedelt sich an und setzt oft andere Lebensstandards durch.
- Alteingesessene werden - manchmal mit rüden Methoden - u.a. durch Mieterhöhungen vertrieben. Neu Eingewanderte, Studierende oder erfolgreiche KünstlerInnen können sich die höheren Mietpreise nicht leisten und siedeln sich in anderen Stadtteilen an.
- Immobilienunternehmen entdecken das Interesse und sanieren weitere Häuser luxuriös. Die ursprüngliche Bevölkerungsstruktur und der Charakter (*Flair*) der zuvor oftmals alternativen, multikulturellen Viertel wandeln sich.

Eine andere Theorie für Gentrifizierung ist der **"doppelte" Invasions-Sukzessions-Zyklus**.

Demzufolge stellen die oben genannten Studenten und Künstler die ersten "Invasoren". Sie verdrängen andere soziale Gruppen und schaffen ein neuartiges Umfeldmilieu. Jenes kann besser in Wert gesetzt werden (Sanierungen) und schafft damit das Umfeld zu zweiten "Invasorenwelle" den sogenannten "Gentrifiers". Die vorherigen Gruppen werden immer stärker verdrängt, und es erfolgt eine Aufwertung von zumeist innenstadtnahen, ehemals marginalen Wohnvierteln (ein Prozess von Re-Urbanisierung).

Bezogen auf die elektorale Entwicklung der anderen Parteien in den gleichen Innenstadregionen wird häufig davon ausgegangen, dass

- die Grünen der direkte Konkurrent zur Linkspartei.PDS sind und beide Parteien jeweils dort ihre Schwerpunkte haben, wo die jeweils andere Stärken besitzt. Die Veränderungen könnten dazu geführt haben, dass die Hochburgen der Linkspartei.PDS jedoch mittlerweile zu instabil sind, um auf dieser Basis gute Wahlergebnisse zu realisieren,
- die Wählerwanderung, vor allem zwischen der Linkspartei.PDS und den Grünen aber auch zwischen der Linkspartei.PDS und der SPD vorgenommen wird,
- die Grünen neben einer Konkurrenz zur Linkspartei.PDS auch in Konkurrenz zur FDP stehen, die jedoch nur vernachlässigenswerte WählerInnenaustausche mit der Linkspartei.PDS aufweist.

Auf der methodischen Ebene wurde die oben genannte Gruppe der großstädtischen Wählerinnen und Wähler, die Themen der kulturellen Modernisierung präferieren, eine weniger auf Umverteilung konzentrierte und staatlicher Intervention kritisch gegenüberstehende Thematisierung von sozialer Gerechtigkeit vornehmen, mit dem Begriff „sozial-diskursives Spektrum“ umschrieben.

Joachim Raschke analysiert in einem Beitrag über die Bundestagswahl 2003, dass die Wähler im September 2002 gespalten waren. „Es gab eine kulturelle und eine Gerechtigkeits-Mehrheit, die in Richtung Rot-Grün wies, eine ökonomische Mehrheit, die Schwarz-Gelb favorisierte. Die Brutalität des

Wahlmechanismus zwang zur Entscheidung zwischen diesen Orientierungen. Tatsächlich gibt es aber gemeinsame Schnittmengen, die durch diese drei Mehrheiten mit unterschiedlichen Trägergruppen hindurchgehen. In der Wählermehrheit vom 22. September waren viele Wähler, die eine Verbindung von kultureller Modernität, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Dynamik wollten. (...) Bei ihnen kann am ehesten ein Verständnis für bewegliche

Gleichgewichte zwischen diesen drei Polen vorausgesetzt werden. (...) Wer mit und für alle drei Mehrheiten regiert, hat längerfristig Erfolgschancen.“⁶.

Darüber hinaus stellte er fest, dass eine kulturelle Mehrheit zu erreichen voraussetzt, Fragen von gesellschaftlicher Offenheit, Toleranz, zivilgesellschaftlicher Entwicklung zu thematisieren. Angesprochen werden dadurch diejenigen Teile der Wählerschaft, die sich als „Postmaterialisten“ verstehen. Raschke weist darauf hin, dass der Postmaterialismus „seit den 90er Jahren bestenfalls ein Fünftel der Wählerschaft (umfasste). Er war im Osten von vornherein schwach, hat sich im Westen abgeschwächt und stärker mit materialistischen Wertorientierungen gemischt. Er bildete also nur eine Kerngruppe des Wertewandels (...). Der Postmaterialismus gewinnt durch den Prozess der Generationenabfolge an Boden. Die Mehrheit kultureller Modernität ist auch deshalb nicht gesichert, weil die rechtspopulistischen Potenziale bleiben (...). Ob diese Potenziale realisiert werden, hängt mehr von der politischen Konstellation als von der kulturellen Verfassung der Republik ab.“⁷.

Beim sozial-diskursiven Spektrum wurde also davon ausgegangen, dass es nicht zwangsläufig nur aus Wähler/innen der Grünen besteht, sondern Affinität sowohl zu den Grünen (kulturelle Modernisierung) als auch zur Linkspartei.PDS (soziale Frage) entwickeln kann, sofern letztgenannte etatistisch gezügelt argumentiert und glaubwürdig handelt.

Die Stichhaltigkeit dieser Annahme ist jedoch bislang nicht geprüft und in einzelnen Debatten der Berliner Linkspartei.PDS bereits wieder fallen gelassen worden – ohne ein adäquates Äquivalent in der Beschreibung und Modellierung zu finden. Es muss zudem gefragt werden, ob die von der WASG/Oskar Lafontaine entwickelte und mit der neuen Partei „Die Linke“ verknüpfte Staatsfixierung hier nicht nachhaltige Einbußen hervorbringt.

Exkurs: Wahlkreisanalyse Berlin-Mitte 01

Der Autor hatte im Jahre 2005 für den von ihm 1999 und 2001 direkt gewählten Wahlkreis 01 im Berliner Stadtbezirk Mitte eine Untersuchung anfertigen lassen, in der die o.a. stadtentwicklungspolitischen Veränderungen sich bestätigten: *„Im Wahlkreis 01 lässt sich demnach folgende stadtentwicklungspolitische und soziostrukturelle Ausgangslage festhalten, die einige der Hypothesen bestätigen:*

- 1. die Sanierungen verdrängen die alte soziale Einwohnerstruktur (Gentrifizierungs- und Segregations-Prozesse)*
- 2. die verschiedenen Förderprogramme können den Verdrängungseffekten anscheinend nur unzureichend entgegenwirken (soziale Segregation als Folge der Gentrifizierung)*
- 3. viele einkommensstarke junge Singles ziehen hinzu (soziale Segregation)*
- 4. Familien und Ältere verlassen den Wahlkreis (demographische Segregation)*
- 5. insgesamt steigt die Einwohnerzahl des Wahlkreises, gleichwohl existieren auch schrumpfende Gebiete (Wanderungssaldo)*
- 6. insgesamt große Einwohnerfluktuation (hohes Wanderungsvolumen).*

Die Sozialstruktur von Alt-Mitte ist insgesamt überdurchschnittlich: es gibt u.a. weniger Arbeitslose und ein höheres Durchschnittseinkommen. Die Ergebnisse des Sozialstrukturatlases lassen darauf schließen, dass sich die Sozialstruktur des Wahlkreises 01 noch weiter oberhalb des Berliner- und Alt-Mitte Durchschnitts befindet. Im Wahlkreis 01 leben extrem viele junge Singles (größte Gruppe sind die 25 bis 35 Jährigen) und sehr wenig Kinder. Die meisten Kinder sind nicht im bevölkerungsstrukturell jüngsten Statistischen Gebiet der Oranienburger Vorstadt (dort leben vor allem 25 bis 35 Jährige) anzutreffen, sondern in der Spandauer Vorstadt, in der vor allem 35 bis 50 Jährige wohnen. Es existiert zudem ein sehr hohes Wanderungsvolumen und ein leicht positives Wanderungssaldo. Vor allem 25 bis 35 Jährige, vermehrt aus dem ehemaligen Westen, ziehen in den Wahlkreis.

Das Wahlverhalten ist dementsprechend eine Mischung aus generellen Ost- und West-Trends: 18 bis 25 Jährige wählen eher PDS und weniger GRÜNE, 25 bis 35 Jährige vor allem GRÜNE und nicht PDS und 35 bis 50 Jährige sowie 50 bis 65 Jährige verstärkt PDS und kaum GRÜNE. Umso mehr Kinder, desto höher sind die GRÜNEN-Ergebnisse.“⁸

⁶ Joachim Raschke 2003, Zwei Lager, drei Mehrheiten und der regierende Zufall. Zur Einordnung der Bundestagswahl 2002, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 16. Jahrgang, Heft 1, S. 14-24.

⁷ Raschke 2003, a.a.O., S. 21

⁸ Björn Markus Gerlach 2005, »Das nächste Spiel ist immer das schwerste...« Analyse von Wahlen und Sozialstrukturen im Abgeordnetenhaus-Wahlkreis 01 in Berlin-Mitte unter PDS-Gesichtspunkten, unveröffentlichte Studie, S. 6 bzw. S 40.

b) Differenzierung zwischen kommunalen und überregionalen Wahlen

Kommunalwahlen unterscheiden sich von Bundes- und Landtagswahlen, doch offensichtlich muss auch zwischen der Direktwahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeisters sowie Stadt- und Gemeinderatswahlen differenziert werden.

Marcinkowski hat einige Unterschiede in der bereits zitierten Untersuchung benannt:⁹

- die Prägekraft der Parteineigung für das Wahlverhalten ist in der Kommune weniger stark ausgeprägt ist als auf Bundesebene,
- die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen ist niedriger, als die bei Bundestags- und Landtagswahlen. Die Wähler/innen betrachten Kommunalwahlen vielfach als weniger wichtig.
- die geringere Mobilisierungswirkung wird nicht nur durch die vermeintlich „unspektakuläre“ Kommunalpolitik mit verursacht. Vielmehr ist die lokale Wahlbeteiligung im hohen Maße von örtlichen Bedingungen abhängig. Umgekehrt formuliert: Die Parteien könnten wesentlich mehr dafür tun, die Wahlbereitschaft in der Kommune zu erhöhen, wenn es ihnen gelänge, das Interesse an Kommunalpolitik zu erhöhen und das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit von Lokalpolitik zu steigern. Das läge zuvorderst in ihrem eigenen Interesse, denn die aus geringer Beteiligung resultierenden Effekte auf das Kommunalwahlergebnis folgen bundespolitischen Mustern, erhöhen also die Abhängigkeit von dem Auftritt der Bundesparteien.
- die bundespolitischen Regierungsparteien leiden bei Gemeinde- und Stadtratswahlen am meisten unter der niedrigen Beteiligung, während die (größere) Oppositionspartei im Bund auch bei niedriger Beteiligung eine höhere Ausschöpfung ihrer Wähler erreichen kann. Es wäre zu prüfen, inwieweit dieser Effekt auch für die PDS bei Gemeinde- oder Stadtratswahlen feststellbar ist oder warum nicht.
- Kommunalpolitische Elemente des Wahlverhaltens, also vor allem Themen, aber auch Kandidatenorientierung, können nur in dem Maße politisierend wirken, wie innerhalb der Bevölkerung eine ausreichende Informationsbasis über das Personal- und Themenangebot der Kommunalpolitik unterstellt werden kann. Das hat offenbar viel mehr mit Vermittlungsleistungen (sei es durch die Medien, sei es durch die Parteien selbst) zu tun als häufig unterstellt wird. Die Annahme, dass die Bürger die sozialen Probleme und ihre politisch-administrative Bearbeitung vor Ort aus unmittelbarer Anschauung kennen lernen würden, ist selbst für kleinere Gemeindegrößen ein Mythos. Rechnet man die Erfahrungen auf der Bundesebene hoch, kann man das zweifellos nur von einer kleinen Minderheit erwarten.

Nimmt man das Beispiel Chemnitz als Referenzbeispiel – die Linkspartei.PDS stellt die stärkste Stadtratsfraktion und erreicht bei der Bürgermeisterwahl nur Platz vier hinter SPD, CDU und parteilosem Stadtwerksdirektor – dann spricht viel für eine Differenzierung zwischen der Stadt- bzw. Gemeinderatswahl einerseits und der personenbezogenen Bürgermeisterwahl andererseits. Diese Differenzierung ermöglicht es diejenigen Aspekte zu identifizieren, die für Wählerinnen und Wähler der Linkspartei.PDS Anlass sind, bei einer Personenwahl in ein repräsentatives Amt nicht die KandidatInnen der Linkspartei zu bevorzugen, sondern KandidatInnen, die nicht ihrer Parteipräferenz entsprechen.

Theoretisch ließe sich vermuten, dass Wählerinnen und Wähler, entweder einen bestimmten Bürgermeister an der Spitze der Gemeinde sehen möchten und deshalb dazu neigen werden, die Bürgermeisterfraktion zu unterstützen bzw. umgekehrt den Kandidaten der stärksten Fraktion unterstützen, um „ihrem“ Kandidaten möglichst viel politisches Gewicht zu verleihen. Für diese These spricht auch das der politischen Kultur in Deutschland inhärente Harmoniebedürfnis, das gerade auf der lokalen Ebenen zu der nach wie vor verbreiteten Einschätzung führt, bei kommunaler Selbstverwaltung gehe es eigentlich weniger um Politik, als um die sachlich beste Bearbeitung sozialtechnologischer lösbarer Probleme (Gabriel/Haungs/Zender 1984; Köser/Caspers-Merk 1989; Gabriel/Brettschneider 1997).

Die Vorstellung, dass ein Bürgermeister mit einer „fremden“ Mehrheit im Rat zurecht kom-

⁹ Marcinkowski 2001, a.a.O., S. 52f.

men muss, könnte deshalb bei einer Mehrzahl der Wähler angesichts des dann zu erwartenden Konfliktniveaus zwischen Verwaltungsspitze und Gemeinderat, Missfallen erregt.

Ein insoweit „taktisches“ Wahlverhalten setzt freilich, genau so wie das umgekehrte Kalkül, wonach der Wähler geneigt sein könnte, dem „mächtigen“ Bürgermeister ganz bewusst eine anders gefärbte Ratsmehrheit gegenüberzustellen, eine recht genau Detailkenntnis der Kommunalverfassung und insbesondere der Stellung des Bürgermeisters voraus.¹⁰

Folgende Annahme könnten bezogen auf die jüngst gescheiterten BürgermeisterkandidatInnen der Linkspartei.PDS formuliert werden:

Ein/e Bürgermeister/in muss in den Augen der Wählerinnen und Wähler über spezifische Kompetenzen verfügen, die bei VertreterInnen der Linkspartei.PDS nicht oder nicht hinreichend angenommen werden. Dazu könnten u.a. gehören:

- sollte die Interessen der Stadt gegenüber Bund und Land durchsetzen
- sollte die Gemeinde im Städtewettbewerb repräsentieren können
- sollte über Parteigrenzen hinweg kommunizieren, verhandeln und Kompromisse erzeugen können
- sollte Verwaltungsexpert/in mit entsprechender/langjähriger Berufserfahrung sein
- sollte bürgernah und volkstümlich sein.

Die Aussage, dass die Linkspartei.PDS eher als Oppositions- und nicht als Regierungspartei gewählt werden würde, träfe den Sachverhalt insofern nicht wirklich, denn sie beschreibt eine angenommene Kompetenz, vernachlässigt, dass die Linkspartei.PDS auch als Regierung im Land (MVP) gewählt wird und in der Kommune dennoch abgeschlagen enden kann (Rostock). Vor allem wird jedoch das Verhältnis der städtischen Repräsentationsfigur zur lokalen Struktur von Parteien, Verbänden, Wirtschaft sowie nach außen im Standortwettbewerb für Investoren etc. zu wenig berücksichtigt. Demgegenüber wird hier angenommen, dass die Linkspartei.PDS bei den vergangenen kommunalen Direktwahlen nicht über Personen verfügte, die als Repräsentationsfiguren im städtischen Alltag als zukunftsfähig und dementsprechend mit Gebrauchswert versehen wurden.

c) Differenzierung zwischen Typen ostdeutscher Großstädte

Es spricht manches dafür, dass nicht alle ostdeutschen Städte miteinander vergleichbar sind. Nicht nur die Größe der Gemeinde, sondern auch ihre jeweilige städtische Tradition und das in ihr vorhandene Milieu sind zu berücksichtigen.

Deshalb könnten in der Betrachtung neben der herkömmlichen Differenzierung nach EinwohnerInnenzahlen:

- Kleinstädte (<20.000 EW),
- Mittelstädte (>20.000 EW),
- Großstädte (>100.000 EW),

weitere Stadttypen mit entsprechenden Milieus, die Einfluss auf die WählerInnenklientele haben, gebildet werden:

- multifunktionale Großstadt (z.B. Leipzig),
- industriell-technisch geprägte Stadt (z.B. Chemnitz, Cottbus)
- touristisch, geisteswissenschaftlich-kulturell geprägte Stadt (z.B. Potsdam, Dresden)
- mono-funktionale Stadt (Brandenburg, Schwerin, Neubrandenburg)
- ...

Es wird deutlich, dass diese Kategorien noch nicht ausgereift sind. Sie machen jedoch deutlich, dass die Stadtfunktionen die ihnen innewohnenden Milieus bedingen und diese wiederum Einfluss auf die WählerInnenpräferenzen haben.

* * *

¹⁰ Marcinkowski 2001, a.a.O., S. 22f.